

50X1-HUM

**Page Denied**



# SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672

## Inhaltsverzeichnis

vom 31. Mai 1949

### Nachrichten

Einigkeit ist die Stärke der Nationalen Front

Delegierte schildern ihre Eindrücke vom 3. Deutschen Volkskongress

Einigung in Paris - Gewinn für alle Deutschen

Ost-West-Handel tut not

Alle deutschen Gewerkschaften zum 2. WGB-Kongress eingeladen

Leuna-Belegschaft grüßt Weltgewerkschaftsbund

77 % mehr Stahlguss im Grusonwerk

Bergbauschüler fahren Sonderschicht

Bau einer neuen Volkswerft in Wismar

Erste Volkshochschule in einer MAS

Vom Arbeiter zum Ehrenbürger und Senator

Letzte Meldung: Justiz-Skandal Oskar Hauser

### Pressestimmen

Widerhall des Dritten Deutschen Volkskongresses

### Kommentare

Das fordert die Nationale Front in allen Zonen  
Deutsche Antwort an Bevin

### Zum Studium der Geschichte der KPdSU (B) (VIII.)

Die Partei der Bolschewiki in der Periode der ausländischen militärischen Intervention und des Bürgerkrieges (von Kurt Fischer)

### Stimmen des Auslandes

Bei Chicago

Englische Kolonialgreuel in Afrika

### Zur Information

25 Jahre Moskauer Revolutionsmuseum

Zu den Ergebnissen der Tagung der Vollversammlung der UN

Pressedienst  
(PD)

31. Mai 1949

Nachrichten

Einigkeit ist die Stärke der Nationalen Front

Delegierte schildern ihre Eindrücke vom 3. Deutschen Volkskongress

Berlin, 31.5. (E.B.)

"Wir sind stark, weil wir uns einig wissen in dem Ziel, die Einheit Deutschlands zu erreichen", fasste Prof. Faschinger, Delegierter der Belegschaft der Leuna-Werke, seine Eindrücke vom 3. Deutschen Volkskongress zusammen. "Für mich, wie für alle Deutschen ist die Wahl einer deutschen Delegation für Paris das Bedeutungsvollste dieses Volkskongresses", äusserte sich Prof. Faschinger weiter, "Jetzt wird es Zeit, alles Trennende beiseite zu räumen und alle Deutschen in der Nationalen Front zu vereinen."

Delegierter Otto Koerting, gleichzeitig Mitglied des Präsidiums des Deutschen Volksrates, sagte: "Dieser 3. Deutsche Volkskongress, die Vertretung der nationalen Interessen des gesamten deutschen Volkes, wird nach meinen Erwartungen seine Wirkung auch auf die Beratungen in Paris nicht verfehlen."

"Im 3. Deutschen Volkskongress fand die ausserordentliche Vorbereitung der Front der für Deutschlands Einheit kämpfenden Männer, Frauen und Jugendlichen ihren Ausdruck", gab der Landtagspräsident von Sachsen-Anhalt, Wolfram, seine Meinung wider.

"Das zeigt vor allem die Teilnahme von über 600 westdeutschen Delegierten. Jetzt muss dieser entschlossene Wille in alle Teile Deutschlands getragen werden, eine Nationale Front aller Deutschen zu bilden."

"In einem geeinten, friedlichen Deutschland wird unsere Arbeit ihren höchsten Sinn haben", erklärte der Jugenddelegierte Herzig, auf den der Aufbauwille der bei der Berliner Eisenbahn beschäftigten Jungaktivisten ausserordentlich starken Eindruck gemacht hat. "Diese Jugendlichen - hob Herzig hervor -, die unter der Losung 'Die UGO demoliert - wir produzieren' an der Beseitigung der der S-Bahn zugefügten Schäden arbeiten, zeigen, mit welcher Begeisterung die deutsche Jugend am Aufbau ihrer Heimat wirkt. Deshalb muss die Einheit Deutschlands hergestellt werden."

Einigung in Paris - Gewinn für alle Deutschen

München, 31.5. (E.B.)

"Wir Deutschen können auf jeden Fall nur gewinnen, wenn man sich einigt", äusserte der bekannte Regisseur Helmut H. Backhaus, München, zu den Beratungen des Aussenministerrates in Paris. "Ich glaube, dass es zu einer gewissen Einigung in den wichtigsten Punkten kommt. Es ist offensichtlich, dass man die Nutzlosigkeit der Blockade und die wirtschaftlichen Nachteile für beide Teile Deutschlands eingesehen hat."

Pressedienst  
(PD)

Nachrichten

31. Mai 1949

- 2 -

Die Staatsschauspielerin Anna K e r s t e n sagt: "Eine Einigung in Paris wäre auf jeden Fall das Beste für uns, denn dann wäre zumindestens ein Krieg unwahrscheinlich, und von einem Krieg möchten wir doch alle verschont bleiben."

"Dass ein Krieg das Furchtbarste wäre, was die Menschheit treffen könnte, scheint man eingesehen zu haben. So sind wir wenigstens so weit - hofft Ralph Maria Siegel, der bekannte Komponist -, dass aus dem 'Kalten Krieg' kein 'heisser' wird."

Ost-West-Handel tut not

K i e l , 31.5. (E.B.)

Im schleswig-holsteinischen Landtag setzte sich Wirtschaftsminister Prof. Dr. P r e l l e r nachdrücklich für den Wirtschaftsverkehr mit der Ostzone und für stärkere wirtschaftliche Beziehungen mit Berlin ein. Preller bezeichnete es als widersinnig, dass trotz fehlender 350 000 Wohnungen jeder dritte Bauarbeiter Schleswig-Holsteins ohne Arbeit und Einkommen sei. Durchschnittlich betreffe die Arbeitslosigkeit jeden vierten Arbeiter, während der Prozentsatz in den Kreisen Heide, Rendsburg, Flensburg und Lübeck noch höher sei.

Ergänzend teilte dazu Ernährungsminister D i e c k m a n n mit, dass durch die Arbeitslosigkeit monatlich ein Kaufkraftsfall von rund 17 Mill. Westmark entsteht und die Zahl der Menschen ständig wächst, die ihre kärglichen Rationen nicht mehr kaufen kann.

Wirtschaftsminister Prof. Dr. Preller führte die Arbeitslosigkeit zum wesentlichen Teil auf die den deutschen Markt beeinträchtigenden Fertigwaren-Importe zurück. Einige nach der separaten Geldreform entstandenen neuen Projekte "konnten nicht verhindern, dass Schleswig-Holstein das Land mit der weitaus grössten Arbeitslosigkeit in Westdeutschland ist."

Alle deutschen Gewerkschaften zum 2. WGB-Kongress eingeladen

B e r l i n , 30.5. (E.B.)

Alle deutschen Gewerkschaften sind vom Weltgewerkschaftsbund eingeladen worden, am 2. Weltkongress vom 29. Juni bis 10. Juli in Mailand teilzunehmen. Diese Einladung erging auch an die westdeutschen Gewerkschaftsorganisationen. Sie liegt an Westdeutschland bereits längere Zeit vor, ohne dass die westdeutschen Gewerkschafter darüber informiert wurden. Ebenso wurde verschwiegen, dass die westdeutschen Gewerkschaften auch zu den konstituierenden Tagungen der Berufsabteilungen eingeladen sind, die vom 20. bis 22. Juni in Turin für die Metallarbeiter, in Lyon für die Textil- und Bekleidungsarbeiter und in Gottwaldow für die Schuh-, Leder- und Pelzarbeiter stattfinden.

Pressedienst  
(PD)

Nachrichten

31. Mai 1949

- 3 -

Leuna-Belegschaft grüsst Weltgewerkschaftsbund

H a l l e , 31.5. (E.B.)

Die Betriebsgewerkschaftsleitung des Chemiewerkes Leuna richtete an den am 20. Juni 1949 in Mailand beginnenden 2. Weltkongress des Weltgewerkschaftsbundes über den Bundesvorstand des FDGB ein Schreiben, in dem die Werktätigen ihrer Freude Ausdruck geben, dass an den gemeinsamen Befatungen der Gewerkschafter aus 67 Ländern zur Festlegung neuer Richtlinien im Kampf für ein besseres Leben aller Schaffenden und zur Erhaltung des Weltfriedens auch eine deutsche Delegation teilnimmt. "Mit ihr", so heisst es in dem Brief wörtlich, "sind die organisierten Arbeiter und Angestellten des grössten Werkes der Ostzone der Überzeugung, dass die schaffenden Menschen in aller Welt, wenn sie einig sind, ein unüberwindliches Bollwerk des friedlichen Aufbaues bilden, an dem jede imperialistische Kriegshetze zerschellen muss."

77 % mehr Stahlguss im Grusonwerk

M a g d e b u r g , 31.5. (E.B.)

Bei 77,7 % mehr Stahlguss, durchschnittlich 39,4 % höheren Löhnen ermässigten sich im Gruson-Werk Magdeburg die Selbstkosten um rund 20 % monatlich. Durch falschen Ehrgeiz der Stahlgiesser fiel die Produktion im Monat April etwas zurück. Die Belegschaft hofft mit ihrer eigenen Schwäche fertig zu werden und im Produktionsmonat Mai wieder ein besseres Ergebnis zu erzielen.

Bergbauschüler fahren Sonderschicht

Z w i c k a u , 31.5. (E.B.)

Zu einer Sonderschicht fuhren 22 Studenten der Bergbau-Ingenieurschule Zwickau im Steinkohlen-Bergwerk "Karl Marx" ein. Sie förderten 218 Hufe Steinkohle und hätten das Förderergebnis noch erhöht, wenn mehr leere Hufe vorhanden gewesen wären. Die Studenten zeigten, dass sie ihren Mann vor Ort ebenso stehen wie in der Schule.

Bau einer neuen Volkswerft in Wismar

W i s m a r , 31.5. (E.B.)

Die auseinandergelegenen Betriebsabteilungen der Schiffsreparaturwerkstatt Wismar werden zu einer neuen Volkswerft zusammengefasst. Diese Werft wird am West- und Ostufer des Hafengeländes errichtet. Im ersten Bauabschnitt entstehen eine 150 m lange und 40 m breite Kaianlage, ferner zwei Hallen in Eisenkonstruktion, eine Kraftstation und andere Betriebsgebäude.

Pressedienst  
(PD)

Nachrichten 31. Mai 1949  
- 4 -

Erste Volkshochschule in einer MAS

H a l l e , 31.5. (E.B.)

In der besten Maschinenausleihstation Nienberg, die am 1. Mai mit der Wanderfahne des Bundesvorstandes des FDGB und der DWK ausgezeichnet wurde, wird die erste Volkshochschule der Ostzone in einer MAS eröffnet. An den Feierlichkeiten nehmen Vertreter des Ministeriums für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft von Sachsen-Anhalt, das auch die Patenschaft über diese Maschinenausleihstationen übernommen hat sowie Abordnungen der demokratischen Parteien und Massenorganisationen teil.

Vom Arbeiter zum Ehrenbürger und Senator

J e n a , 31.5. (E.B.)

Die Stadtverordnetenversammlung von Jena ernannte Albert H e i n t z, Technischer Chefdirektor der Jenaer Glaswerke Schott und Gen. VEB wegen seiner grossen Verdienste um die Erhaltung und den Wiederaufbau der Werke nach 1945, zu seinem 70. Geburtstag zum Ehrenbürger der Stadt Jena. Die Friedrich-Schiller-Universität verlieh ihm die Würde eines Ehrensenators mit Sitz und Stimme. Es ist das erste Mal, dass diese Ehre in Jena einem Werktätigen aus dem Volk zuteil wurde.

Letzte Meldung:

Justiz-Skandal Oskar Hauser

Unverantwortliches Verhalten französischer Militärbehörden

B e r l i n , 31.5. (E.B.)

Entgegen bindender Versprechungen durch hohe französische Polizei- und Militärbehörden, dass der immer noch widerrechtlich im Offenburger Militärgefängnis festgehaltene Student der Berliner Humboldt-Universität - Oskar H a u s e r - unmittelbar vor der Entlassung stehe, wird jetzt bekannt, dass sich gewisse Kreise bemühen, das an einer tuberkulösen Hüftgelenkentzündung erkrankte anerkannte Opfer des Faschismus zu einem üblen politischen Geschäft zu missbrauchen. Nachdem mehrere zuständige französische Stellen sowie der Pariser Verteidiger des Verhafteten unmissverständlich erklärt hatten, dass Oskar Hauser sofort entlassen werden müsse, weil alle von der französischen Geheimpolizei aufgetürmten Verdächtigungen zusammengebrochen sind und eine evtl. Anklage ebenso wie die weitere Verhaftung des antifaschistischen Studenten unhaltbar sind, wird jetzt unter dem Vorwand der Einsetzung einer Informationskommission in Paris der provokatorische Versuch unternommen, den Skandal in die Länge zu ziehen.

Von informierter französischer Seite wird dazu mitgeteilt, dass es sich bei diesem Versuch um politisch unverantwortliche, von gewissen amerikanischen Stellen beeinflusste Beamte handelt, die sich bemühen - anstatt aus der amerikanischen Blamage im Falle Gerhart Eislers die Lehre zu ziehen - die Atmosphäre der Pariser Konferenz zu vergiften. - An der zunehmenden Empörung der demokratischen Öffentlichkeit - auch des Auslandes - und an der von den Franzosen selbst zugegebenen Unschuld und Standhaftigkeit Hausers wird auch dieser ferngesteuerte Anschlag gegen die Freiheit und Gesundheit eines aufrechten Demokraten scheitern.

Pressedienst  
(PD)

31. Mai 1949

P r e s s e s t i m m e n  
=====

Widerhall des Dritten Deutschen Volkskongresses

Die Berliner Presse steht unter dem außerordentlichen Eindruck des 3. Deutschen Volkskongresses, dessen Verlauf und Bedeutung eingehend gewürdigt und dessen Beschlüsse für den Kampf des deutschen Volkes um seine Freiheit und Unabhängigkeit als historisch bedeutungsvoll herausgestellt werden. Die "Tägliche Rundschau" schreibt:

"Der 3. Volkskongreß tagte in dem historischen Zeitpunkt, als auf Initiative der Sowjetunion die Konferenz der Außenminister zusammentrat, um das deutsche Problem zu lösen und die Gefahr eines neuen Krieges abzuwenden.

Die Zusammensetzung des 3. Volkskongresses beweist, daß er mit unbestreitbarem Recht für die gesamte Nation sprechen darf. Noch niemals waren auf einem in Deutschland versammelten Kongreß so zahlreiche Vertreter aller Zonen anwesend. Man hatte damit gerechnet, daß aus dem Westen 500 Delegierte kommen würden. Aber der Volkskongreß und sein Organ, der Volksrat, erwarben sich durch ihre bisherige Arbeit eine so große Autorität, daß viele Betriebe und Dienststellen in den westlichen Zonen aus eigener Initiative Delegierte entsandten. Die tödliche Gefahr der Spaltung, von der das deutsche Volk infolge der fieberhaften Tätigkeit der anglo-amerikanischen Besatzungsbehörden zur Bildung eines von vornherein anfälligen und von ihnen abhängigen westdeutschen Separatstaates bedroht wird, wurde von allen Schichten der westdeutschen Bevölkerung klar erkannt.

Der gesamtdeutsche und gesamt nationale Charakter des Kongresses wird auch durch die Tatsache unterstrichen, daß auf ihm alle Klassen und Schichten der Bevölkerung, alle Berufe und Beschäftigungen vertreten waren. Man sah die Vertreter aller Parteien, örtentlichen Organisationen und Religionsgemeinschaften, denen die Interessen der Nation am Herzen liegen und die in dem Kampf um den Frieden und die staatliche Souveränität Deutschlands auf dem nationalen Standpunkt stehen."

Unter der Überschrift "Historische Stunde" schreibt "Neues Deutschland":

"Diese 'Breite und Tiefe' macht den 3. Deutschen Volkskongreß zur soliden Basis der Nationalen Front, jener sich bildenden umfassenden Organisation aller gutwilligen Deutschen, die, alarmiert durch den Notstand des Vaterlandes, berufen ist, die Führung des Volkes zu übernehmen. Und diese 'Breite und Tiefe' der nationalen Bewegung, die das deutsche Volk ergriffen hat und die sich im 3. Deutschen Volkskongreß so eindrucksvoll spiegelte, ist es, die den Gegner zu immer neuen und immer giftigeren Haßausbrüchen veranlaßt. Aber wie verzweifelt er sich auch der Nationalen Front entgegenwerfen mag, keine Paßverweigerung, keine Verhaftung Max Reimanns, keine noch so ausgeklügelte Schikane oder Presselüge vermag die elementaren Tatsachen zu verändern, welche heißen: das deutsche Volk hat seinen Notstand begriffen und ist dabei, ihn aus eigener Kraft zu liquidieren."

PresseDienst  
(FD)

31. Mai 1949  
Pressestimmen - 2 -

Die "Tribüne", das Organ des FDGB, hebt die starke Beteiligung westdeutscher Vertreter am 3. Deutschen Volkskongreß hervor und schreibt: "Der 3. Deutsche Volkskongreß, der Vertreter aller Berufsschichten, Anhänger aller Parteien, der verschiedensten Weltanschauungen und Glaubensbekenntnisse aus allen Teilen Deutschlands umfaßt, hat in einem Manifest noch einmal seine Vorschläge zur Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes und zum baldigen Abschluß eines Friedensvertrages zum Ausdruck gebracht. Er wünscht und hofft, daß es auf der Pariser Außenministerkonferenz zu einer Verständigung der vier Großmächte über Deutschland kommt, eine am 2. Verhandlungstag gewählte Delegation steht bereit, in Paris die deutsche Stimme zu Gehör zu bringen, die Stimme aller national gesinnten Deutschen, die sich in der immer umfassender werdenden Nationalen Front zusammengedrungen haben."

"Der Morgen", das Organ der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, schreibt in einer eingehenden Würdigung des 3. Deutschen Volkskongresses:

"... daß von diesem unter dem Zeichen Einheit, Einigkeit und Frieden zusammengetretenen Kongreß eine Wirkung ausstrahlte, der sich niemand entziehen konnte. Es ist doch ein sehr verschiedenes Bild, ob eine Parteiversammlung tagt oder eine Versammlung von Berufsorganisationen, oder ob eine Vereinigung von Menschen zusammentritt, die alle sonstigen Gegensätze des täglichen und politischen Lebens zurückgestellt haben und mit dem Bekenntnis zum Frieden und zur Verständigung einander die Hand zu reichen. Der Volkskongreß war und ist kein Parteiparlament, in den durch parteitaktische Manöver der Gang der Verhandlung bestimmt wird und in dem die Parteien versuchen, sich gegenseitig zu übervorteilen. Der Volkskongreß ist tatsächlich und buchstäblich das, was man eine nationale Repräsentation nennt. Daß auch der 3. Volkskongreß diese Bezeichnung verdient, hat seine Tagung in der Staatsoper in Berlin bewiesen. Dieser Repräsentation sind durch den Gang der Ereignisse Aufgaben zugewachsen, die nur von einer solchen Menschenvereinigung gelöst werden können."



Pressedienst  
(PD)

31. Mai 1949

K o m m e n t a r e  
=====

Das fordert die Nationale Front in allen Zonen

B e r l i n (PD)

"Wir hätten es nicht für möglich gehalten, daß hier in diesem Hause ein Spruchband steht, das den Abzug aller Besatzungstruppen fordert." So rief Priarrer Heiden aus Köln in seiner Rede auf dem Deutschen Volkskongreß aus. Dieser Ausruf beleuchtet blitzartig die gegenwärtige Situation in Deutschland. Er zeigt aber auch, welch mächtiger Impuls von diesem Kongreß zur Belebung, Erweiterung und Stärkung der allumfassenden Nationalen Front für Einheit und gerechten Frieden ausgeht. Der Ruf an alle gutgesinnten Deutschen, sich zur Behebung des deutschen Notstandes zusammenzuschließen, wird in allen Zonen gehört und verfehlt seine Wirkung nicht.

Die Haltung der Westmächte auf der Pariser Außenministerkonferenz, die auf Initiative der Sowjetunion zusammentrat, läßt deutlich den Wunsch des amerikanischen Imperialismus erkennen, nicht mehr aus Deutschland herauszugehen, sondern unser Land zu seiner Kolonie zu machen. Wenn in dieser für unser ganzes Volk so bedeutsamen Stunde der Deutsche Volkskongreß die Stimme des deutschen Volkes selbst zum Ausdruck brachte, so war er dazu ohne Zweifel genügend legitimiert. Die mehr als 2 000 Delegierten, wovon allein 616 aus den Westzonen kamen, vertraten in der Tat alle Klassen und Schichten der Bevölkerung. Der westdeutsche Delegierte Ledwohn konnte darauf verweisen, daß auf dem Kongreß neben Arbeitern, Bauern und Intellektuellen auch Unternehmer, Kaufleute, Studenten und Geistliche aus Westdeutschland anwesend waren. Das kennzeichnet die Breite und Tiefe der Nationalen Front, die, wie auf dem Kongreß gesagt wurde, so breit und tief ist, wie unser ganzes Volk.

Der Volkskongreß erließ ein Manifest an das deutsche Volk, worin in klarer und präziser Form die Grundsätze für einen gerechten Friedensvertrag umrissen sind. Diese Vorschläge werden im Namen des deutschen Volkes der Pariser Außenministerkonferenz unterbreitet werden. Der Kongreß wählte eine aus 22 Personen bestehende Delegation, die die berechtigten Forderungen des deutschen Volkes den Außenministern in Paris vorlegen soll.

An der Spitze der Forderungen steht die Auarbeitung eines Friedensvertrages auf der Grundlage der Beschlüsse von Jalta und Potsdam. Das bedeutet die Herstellung der administrativen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Das bedeutet eine einheitliche Währung und die Beseitigung der Wirtschafts- und Verkehrsschranken zwischen den Zonen. Das bedeutet als weitere Konsequenz die Bildung einer vorläufigen zentralen demokratischen Regierung Deutschlands aus Vertretern der demokratischen Parteien und Organisationen. Diese vorläufige demokratische Regierung Deutschlands muß an der einzuberufenden Friedenskonferenz teilnehmen.

Zu den Pflichten des deutschen Volkes gehören die notwendigen Reparationsleistungen unter Wahrung eines gesicherten mittleren Le-

Pressedienst  
(PD)

31. Mai 1949  
Kommentare - 2 -

bensstandards. Gleichzeitig wird aber verlangt, daß die Gesamtforderungen an Reparationen unter Anrechnung aller bereits erfolgten Leistungen festgestellt werden. Das deutsche Volk erkennt seine Pflicht an, das Kriegspotential, besonders die Rüstungsindustrie, zu liquidieren, das staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben Deutschlands zu entmilitarisieren und zu demokratisieren, alle Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen die Menschlichkeit zu bestrafen. Ferner anerkennt Deutschland eine befristete und sachlich begründete Viermächte-Kontrolle über seine friedliche wirtschaftliche und politische Entwicklung.

Dafür nimmt das deutsche Volk aber auch sein unumstößliches Recht in Anspruch, eine Verfassung für ganz Deutschland zu schaffen, die die demokratische Gestaltung eines unabhängigen nationalen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens gewährleistet. Einen solchen Verfassungsentwurf hat der Deutsche Volksrat ausgearbeitet, der Volkskongreß hat ihn bestätigt. Diese Verfassung des deutschen Volkes ist das Banner, unter dem die Nationale Front für einen souveränen deutschen Staat kämpft. Gleichzeitig besteht das deutsche Volk auf seinem Recht, die Produktion für alle friedlichen Zwecke aus eigener Kraft der Arbeiter, Techniker, Bauern, Handwerker und Unternehmer frei zu entwickeln. Die Freiheit und Unabhängigkeit einer solchen Wirtschaft verlangt den Ausschluß der kapitalistischen Monopolherren und Großgrundbesitzer.

"Wenn die Nation den Ruf hört, so wird von diesem Manifest eine neue Epoche der deutschen Geschichte beginnen." Diese auf dem Volkskongreß gesprochenen Worte kennzeichnen die Bedeutung sowohl des Manifests wie der Tagung des Volkskongresses überhaupt. Damit der Ruf gehört werde, ist es Pflicht und Aufgabe eines jeden verantwortungsbewußten und vaterlandsliebenden Deutschen, die große Nationale Front für Einheit und gerechten Frieden zu verbreitern und zu vertiefen. Denn es geht um unser aller Schicksal.

W. E.

Deutsche Antwort an Bevin

B e r l i n (PD)

Auf den anglo-amerikanischen Vorschlag in Paris, Besatzungsstatut und Bonner Grundgesetz auf ganz Deutschland, d.h. auch auf die Länder der Ostzone auszudehnen, gab Otto Grotewohl auf dem Deutschen Volkskongreß im Namen des deutschen Volkes die Antwort. Dieses Grundgesetz, erklärte er, konstituiert überhaupt keine deutsche Staatsgewalt. Er legte dem Kongreß den vom Deutschen Volksrat ausgearbeiteten Entwurf der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bemerkung vor: "Hier zeigen wir unserem deutschen Volke, den Alliierten und der ganzen Welt, auf welcher Grundlage wir Deutsche das zukünftige Deutschland aufzubauen trachten." Die vom Volkskongreß gewählte Friedens-Delegation soll in Paris diesen Standpunkt des deutschen Volkes vorbringen.

- 3 -

Pressedienst  
(PD)

31. Mai 1949  
Kommentare - 3 -

Zu gleicher Zeit hat der sowjetische Außenminister Wyschinskij seine am Montag in Paris vorgetragene Erwiderung auf den Vorschlag Bevins ausgearbeitet. Er kam zu denselben Schlußfolgerungen, wie Grotewohl und der Deutsche Volkskongreß: die anglo-amerikanischen Vorschläge enthielten nichts über die Ausarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung auf demokratischem Wege; sie ignorierten die Tatsache, daß die deutsche Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone bereits ihre Einstellung über die zukünftige Struktur Deutschlands in dem Verfassungsentwurf zum Ausdruck brachte, den der Volksrat ausgearbeitet habe und der von der gesamten Bevölkerung erörtert wurde. Sie zeugten nicht von dem Wunsch der Westmächte, mit der Sowjetunion ein Übereinkommen über die Einheit Deutschlands zu erreichen und widersprächen den gerechten Interessen des deutschen Volkes und seinem Streben nach dem baldmöglichsten Abschluß eines Friedensvertrages und nach Beendigung des Besatzungsregimes.

Wir erblicken in der weitgehenden Übereinstimmung zwischen dem Standpunkt Wyschinskijs in Paris und dem des Deutschen Volkskongresses einen neuen Beweis dafür, daß die Interessen der sozialistischen Großmacht mit denen des deutschen Volkes in Einklang stehen, daß wir daher in unserem Streben nach Einheit und Frieden mit der Unterstützung der Sowjetunion rechnen können.

Für die aggressiven, den Friedensinteressen widersprechenden Absichten des anglo-amerikanischen Blocks ist das Ersuchen des amerikanischen Außenministers Acheson aus Paris an seine Regierung charakteristisch, "zur Stärkung seiner Position bei den Pariser Verhandlungen" die Ratifizierung des Atlantikpaktes zu beschleunigen und sie noch während der Pariser Konferenz vorzunehmen. Während die Sowjetunion den Frieden will und zu diesem Zweck die Pariser Außenministerkonferenz zustande gebracht hat, drohen die USA mit dem aggressiven Militärpakt. Daß der von den Friedenskräften des amerikanischen Volkes geschlagene Kriegshetzer, der Präsidentschaftskandidat Dewey, von Paris nach Berlin kam, um hier seine deutschen Agenten während der Pariser Friedensverhandlungen aufzuputzen, ergänzt nur das Bild.

G.Kr.

Pressedienst  
(FD)

31. Mai 1949

Zum Studium der Geschichte der KPdSU(B) (VIII)  
=====

Die Partei der Bolschewiki in der Periode der ausländischen militärischen Intervention und des Bürgerkrieges

(von Kurt Fischer)

Das VIII. Kapitel des Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU(B) behandelt eines der ruhmreichsten Blätter in der Geschichte des Sowjetlandes, seinen Kampf auf Leben und Tod gegen die ausländischen Interventionen und die einheimische Konterrevolution. Es zeigt auf, wie das "historische Wunder" geschehen konnte, "daß ein schwaches, erschöpftes, rückständiges Land die stärksten Länder der Welt besiegte" (Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II. S. 650) und vermittelt dabei dem Leser das Verständnis für die führende Rolle der Partei, der Vorhut der Arbeiterklasse, wie sie unter der Leitung Lenins und Stalins verwirklicht wurde.

In der Tatsache des Sieges der sozialistischen Revolution in Rußland, des Bestehens der Sowjetmacht, erkannten die imperialistischen Mächte die tödliche Bedrohung ihrer gesellschaftlichen Ordnung. Die Regierungen der ehemaligen Verbündeten des zaristischen Rußlands entschlossen sich, die militärische Intervention (Einmischung) in Rußland zu beginnen mit dem Ziele, die Sowjetmacht zu stürzen und die kapitalistische Ordnung wiederherzustellen. Zu gleicher Zeit rüstete sich zum Kampf gegen die Sowjetmacht die Konterrevolution innerhalb des Landes: die durch die Revolution entmachteten Großgrundbesitzer, Unternehmer und Bankherren, deren Verwalter und Geschäftsführer, sowie der arbeitslos gewordenen zaristischen Generale und Offiziere, besonders des reaktionären Kosakenoffizierskorps. Diese antisowjetischen Kräfte vereinten sich unter Preisgabe der nationalen Interessen ihres Vaterlandes mit den ausländischen Imperialisten. In den Resten der zerschlagenen Parteien, der Kadetten, der Menschewiki, der Sozialrevolutionäre, der Anarchisten und der bürgerlichen Nationalisten aller Art verfügten die Imperialisten über willige Agenturen. Die militärische Einmischung der Imperialisten Englands, Frankreichs, Japans, Amerikas begann ohne Kriegserklärung durch Truppenlandungen auf dem Territorium Rußlands.

Auch das kaiserliche Deutschland wollte trotz des Friedensvertrages von Brest-Litowsk sich dabei seinen fetten Bissen erhaschen. Es ließ seine Truppen in der Ukraine einmarschieren und besetzte einen Teil des Kaukasusgebietes. Am 14. März 1918 schrieb Stalin: "Die Imperialisten Österreichs und Deutschlands bringen auf ihren Bajonetten ein neues schmachvolles Joch, das um keinen Deut besser ist als das alte tatarische Joch - darin liegt der Sinn der Invasion aus dem Westen." (Stalin: Werke Bd. 4, S. 46).

Die Lage des jungen Sowjetlandes war unbeschreiblich schwer. In seiner historischen Rede bei der Parade der Roten Armee auf dem Roten Platz in Moskau am 7. November 1941 schilderte Stalin die Lage von Ende 1918 folgendermaßen: "Drei Viertel unseres Landes befanden sich

Pressedienst  
(PD)

31. Mai 1949  
Zum Studium der Geschichte... - 2 -

damals in den Händen der ausländischen intervenen. Die Ukraine, der Kaukasus, Mittelasien, der Ural, Sibirien, der Ferne Osten waren uns zeitweilig verlorengegangen. Wir hatten keine Verbündeten, wir hatten keine Rote Armee - wir begannen, sie eben erst zu organisieren -, es fehlte an Getreide, es fehlte an Waffen, es fehlte an Ausrüstung. Vierzehn Staaten bedrängten damals unser Land. Aber wir verzagten nicht, wir ließen den Mut nicht sinken. Im Feuer des Krieges organisierten wir damals unsere Rote Armee und verwandelten unser Land in ein Kriegslager. Der Geist des großen Lenin entflammte uns damals zum Krieg gegen die Interventen." (Stalin: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Moskau 1946, S.40).

Die Partei der Bolschewiki unter Führung von Lenin und Stalin, einheitlich und geschlossen, diszipliniert und zu schwersten Opfern bereit, verstand es, die unerschöpfliche Energie, die die Arbeiterklasse in sich birgt, zu entfalten und organisieren. Sie proklamierte den Vaterländischen Krieg und stellte das gesamte wirtschaftliche, kulturelle und politische Leben des Landes auf den Krieg um. "Alles für die Front!" - war die Losung der Partei, der Millionenmassen folgten. Die junge Rote Armee wuchs und wurde stark.

Obwohl die militärische Niederlage Deutschlands im November 1918 die Verschärfung der Intervention der Ententeländer hervorrief, schuf die deutsche Novemberrevolution zu gleicher Zeit für Sowjetrußland eine günstige internationale Lage, sie wirkte auf ganz Europa revolutionierend. Die Novemberrevolution in Deutschland war aber eine bürgerliche Revolution und keine sozialistische. Die Arbeiter- und Soldatenräte, von rechten Sozialdemokraten beherrscht, wurden zum gefügigen Werkzeug des bürgerlichen Parlaments. Die deutsche Arbeiterklasse war uneinig und gespalten, ihre revolutionäre Partei war organisatorisch schwach und in ihrer Ideologie unklar.

Die Entente-Imperialisten, die von ihnen finanzierten und bewaffneten weißgardistischen Armeen und die von ihnen eingesetzten volksfeindlichen Regierungen gingen mit beispielloser Bestialität gegen die Arbeiter und Bauern vor. Doch unter Führung der Bolschewiki wurde eine weißgardistische Armee nach der anderen geschlagen.

In diesem Kampf auf Leben und Tod der Sowjetmacht zeigte sich fast bei jeder entscheidenden Operation die desorganisierende Tätigkeit Trotzki's. Im April 1919 wollte er die Verfolgung des geschlagenen Koltshakheeres vor dem Ural einstellen. Er wurde von der Partei von der Führung der Operationen an der Koltshakfront enthoben, der Ural und Sibirien wurden befreit. Im Sommer 1919 desorganisierte Trotzki die Arbeit der Südfront, die Truppen der Roten Armee erlitten Niederlagen und Divisionen Denikins näherten sich Moskau, die Lage wurde bedrohlich. Trotzki wurde von der Leitung der Operationen auch an dieser Front entfernt, Das Zentralkomitee der Partei entsandte, wie

Pressedienst  
(PD)

31. Mai 1949  
Zum Studium der Geschichte... - 3 -

früher als Leningrad bedroht war, dann als Zarizyn (heutiges Stalingrad) als strategischer Schlüssel gehalten werden musste, auch jetzt Stalin, an diese entscheidende Front. Nach dem Operationsplan Stalins wurden Denikins Kräfte zerschlagen und die Ukraine, das Donezgebiet und der Nordkaukasus befreit.

Auch bei der Gegenoffensive der Roten Armee gegen die Truppen der polnischen Barone im Jahre 1920 führten die Anweisungen Trotzki dazu, dass der siegreiche Vorstoß vor Lwow und Warschau verpuffte und die Rote Armee den Rückzug antreten musste. Doch der Sieg der von der bolschewistischen Partei geführten Arbeiter und Bauern der Völker Russlands gegen die äusseren und inneren Feinde der Sowjetmacht konnte durch nichts aufgehalten werden. Gegen Ende 1920 war der Sieg besiegelt. Die völlige Beendigung der Intervention jedoch erfolgte erst 1922, als die letzten Interventen aus dem Sowjetlande hinausgeworfen wurden.

Das "historische Wunder" war geschehen, die Sowjetrepublik behauptete ihre staatliche Unabhängigkeit. Das war der historische Sieg der Sowjetmacht.

Die Rote Armee siegte im Bürgerkrieg, weil sie im Namen der Sowjetmacht Krieg führte. Alle ihre Angehörigen wussten, dass sie einen gerechten Krieg führten. Die Rote Armee siegte, weil sie in ihrem Hinterland und an ihrer Front stündlich die Partei der Bolschewiki als führenden Kern fühlte. "Nur weil die Partei auf der Hut war, weil in der Partei die strengste Disziplin herrschte, weil die Autorität der Partei alle Ämter und Institutionen zusammenfasste und weil auf die vom Zentralkomitee ausgegebene Losung hin Dutzende, Hunderte, Tausende und schliesslich Millionen sich wie ein Mann in Bewegung setzten, und nur weil unerhörte Opfer gebracht wurden - nur deshalb konnte das Wunder geschehen, das vollbracht wurde. Nur deshalb waren wir, obwohl die Imperialisten der Entente und die Imperialisten der ganzen Welt ihren Feldzug zweimal, dreimal und viermal unternahmen, imstande zu siegen." (Lenin: Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 650). Die Rote Armee hat nicht zuletzt auch darum gesiegt, weil sie die Sympathien der Arbeiter der imperialistischen Länder für sich hatte. Am 27. März 1921 sagte Lenin: "Die moralische Kraft des russischen Arbeiters lag darin, dass er die Hilfe, die Unterstützung, die ihm in diesem Kampfe durch das Proletariat aller fortgeschrittenen Länder Europas zuteil wurde, kannte, fühlte, empfand... Die Arbeiter der fortgeschrittenen Länder bestimmen den Verlauf des Krieges so sehr, dass gegen ihren Willen kein Krieg geführt werden kann, und letzten Endes haben sie den Krieg gegen uns durch passiven und halbpassiven Widerstand zum Scheitern gebracht." (Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 812/13.) Diese Lehre aus dem Sieg des Sowjetlandes im Kriege gegen die ausländischen Interventen und die russische Konterrevolution sollten die Kriegstreiber von heute beherzigen.

Mitten im Feuer des Bürgerkrieges, zu gleicher Zeit als auf ihrem ersten Kongress eine internationale revolutionäre proletarische Organisation von neuem Typus, die Kommunistische Internationale, die marxistisch-leninistische Internationale, geschaffen worden war, trat im März 1919 der VIII. Parteitag der KPR (B) zusammen. Er beschloss das neue Parteiprogramm. Der Parteitag umriss die Rolle des Mittelbauers in der Aufbauarbeit des Sowjetlandes. In dieser Frage, wie auch

Pressedienst  
(PD)

31. Mai 1949  
Zum Studium der Geschichte.... - 4 -

in ihrer Stellung zur nationalen Frage entlarvte und zerschlug der VIII. Parteitag mit Lenin an der Spitze die menschewistisch-trotzkistischen Auffassungen Bucharins und Pjatakows.

Der VIII. Parteitag war ein Wendepunkt in der Politik der Partei gegenüber der Mittelbauernschaft. Bis jetzt hatte die Partei der Bolschewiki im allgemeinen die Politik der Neutralisierung der Mittelbauernschaft betrieben. Nun ging sie von dieser Politik zum festen Bündnis mit ihm über. Stalin schrieb:

"Der Mittelbauer lamentierte und schwankte zwischen Revolution und Konterrevolution, solange es um den Sturz der Bourgeoisie ging, solange die Macht der Sowjets noch nicht gefestigt war, weswegen er denn auch neutralisiert werden musste. Der Mittelbauer begann sich uns zuzuwenden, als er sich zu überzeugen begann, dass die Bourgeoisie 'im Ernst' gestürzt ist, dass die Macht der Sowjets sich festigt, dass der Kulak bezwungen wird, dass die Rote Armee an den Fronten des Bürgerkrieges zu siegen beginnt. Gerade nach diesem Umschwung wurde die dritte strategische Lösung der Partei möglich, die von Lenin auf dem VIII. Parteitag gegeben wurde: gestützt auf die Dorfarmut und im festen Bündnis mit dem Mittelbauern - vorwärts für den sozialistischen Aufbau." (Stalin: Fragen des Leninismus, Moskau 1946, S. 202)

Der IX. Parteitag beschäftigte sich vor allem mit den nächsten wirtschaftlichen Aufgaben des Landes und wies besonders auf die Notwendigkeit der Teilnahme der Gewerkschaften am wirtschaftlichen Aufbau hin. Die Frage des einheitlichen Wirtschaftsplanes stand im Mittelpunkt seiner Beratungen. Die parteifeindliche Gruppe des "demokratischen Zentralismus" wandte sich auf dem Parteitag gegen die persönliche Verantwortung der Direktoren der Betriebe in der Industrie und forderte schrankenlose "Kollegalität" der Führung. Diese Gruppe, die von Rykow und Tomski unterstützt wurde, erhielt eine gründliche Abfuhr. Der IX. Parteitag trat Ende März 1920 zusammen, also drei Viertel Jahr vor dem Siege der Sowjetmacht über die ausländische Intervention und die innere Konterrevolution. Er stellte dem Land die Aufgaben, die schon reine Aufgaben des friedlichen Neuaufbaues waren. Dieses kühne Vorausplanen ist der Partei der Bolschewiki eigen.

Pressedienst  
(PD)

31. Mai 1949

Stimmen des Auslandes  
=====

Bei Chicago

Die in St. Louis erscheinende Zeitung "Post Dispatch" veröffentlichte vor kurzem eine Korrespondenz über die Sitten in der Stadt Jerry in der Nähe von Chicago. Jerry, das als Zentrum der Stahlgussindustrie der USA bekannt ist, hat sich in den letzten Jahren in eine Kolonie der Verbrecherwelt mit Hunderten von Spielhöhlen, Bordellen und Spelunken verwandelt, ohne dass die Behörden etwas dagegen unternommen hätten. Die Stadt Jerry ist von Verbrechern, Gaunern, Hassardspielern, Schiebern, Narkotikern und Prostituierten überschwemmt. Die Chefs der Verbrecherwelt überweisen wöchentlich der Polizei tausende von Dollars. Dafür bleiben sie von der Polizei ungestört, die die Tätigkeit der Verbrecherwelt, an der sie materiell interessiert ist, fördert.

Wie aus der Korrespondenz hervorgeht, schöpft nicht nur die Polizei direkte Profite aus der Tätigkeit der Verbrecherwelt in Jerry, sondern auch einige amerikanischen Monopole und die Stadtverwaltung. Insbesondere werden die Bordelle und Spielhöhlen von einem Syndikat kontrolliert, dessen Einfluss weit über die Stadt hinaus bis nach Washington geht.

Es wird darauf hingewiesen, dass der ehemalige Bürgermeister Finert, dessen Bruder eine Zeitlang der Boss der Verbrecherwelt in Jerry war, für seine Dienste 8 000 Dollar im Jahr bekam und sich 2 Villen, 2 Jachten, 1 Flugzeug und ein Vermögen im Werte von über 3 Millionen Dollar zulegen konnte. Der Leiter der Polizei in Jerry, Matevino, bewohnt dank der Gelder der Verbrecherwelt ein Haus, das 30 000 Dollar wert ist.

Während der Wahlkampagne versprach der derzeitige Bürgermeister die Bordelle, Spelunken und Spielhöhlen zu schliessen, lehnte jedoch schon am Tag nach seiner Wahl die Erfüllung seiner Versprechen ab.

Dank der Nichteinmischung der Behörden geht die Verbrecherwelt zu immer frecherem Auftreten gegen die Bevölkerung über. Die Einwohnerin Griffis erklärte, dass sich "keine Frau nach Einbruch der Dämmerung auf die Strasse wagt", aus Furcht vor Überfällen. Eine Lehrerin wurde von einer Räuberbande erschlagen.

Die Bevölkerung der Stadt ist empört über das straflose Treiben der Verbrecher und fordert energisch, der Tätigkeit der Verbrecherwelt in der Stadt ein Ende zu bereiten. Die Behörden sehen jedoch in der Verbrecherwelt eine Quelle ihrer Bereicherung und ignorieren diese gerechten Forderungen.

Zum Schluss stellt die Zeitung fest, dass die Lage in Jerry sich nicht bedeutend von der Lage in anderen Städten Amerikas unterscheidet.

(E-n.)



Pressdienst  
(PD)

31. Mai 1949  
Stimmen des Auslandes - 2 -

Englische Kolonialgreuelkin Afrika  
(PD)

Am 17. Mai berichtete der "Daily Worker":

"Die Redaktion des "Daily Worker" hat einen Brief aus Buganda, einer Provinz der ostafrikanischen Kolonie Uganda erhalten, der die Engländer der schlimmsten Morde, Quälereien, Brandstiftungen und Verfolgungen anklagt. In dem Brief werden die Engländer beschuldigt, die Häuser der Stammeshäuptlinge von Uganda niederzubrennen. Bei diesen Zusammenstößen sollen bereits 300 Menschen ihr Leben gelassen haben.

Ein Sprecher des Kolonialministeriums gab zu, dass die in dem Brief angegebene Ziffer von 1 000 Verhaftungen 'wahrscheinlich richtig' sei.

In dem Brief aus Uganda heisst es: 'Über Buganda ist der Ausnahmezustand verhängt worden. Die Bataka oder Rat der Ältesten und der afrikanische Bauernbund wurden verboten, friedliche Demonstrationen auseinandergejagt und Truppen eingesetzt und viele Menschen getötet... Als dies geschah nur, weil, wie der englische Gouverneur selbst zugeibt, das Volk den verständlichen Wunsch aussprach, eine demokratische parlamentarische Vertretung zu haben. Diese Forderung wurde dem eingeborenen König, der nur ein Werkzeug in den Händen des englischen Gouverneurs ist, vorgetragen.

Seit dem 26. April sind mehr als 300 Menschen umgekommen und über 1 000 verhaftet, wobei es zu Mißhandlungen kam, die jeder Beschreibung spotten. Die Engländer sandten Panzerwagen und Truppen nach Buganda, die die Häuser der Stammeshäuptlinge und die Regierungsgebäude niederbrannten. Dadurch sollte die Behauptung gestützt werden, dass der Ältestenrat diese Verbrechen verübt habe. Auf diese Weise wollte man einen Vorwand dafür schaffen, den Ältestenrat zu verbieten und die Verhaftungen vorzunehmen."

(G.G.)

Zur Information  
=====

25 Jahre Moskauer Revolutionsmuseum

Vor 25 Jahren wurde in der Maxim-Gorki-Straße in Moskau ein Museum des revolutionären Moskaus eröffnet, in dem später alle Reliquen der Geschichte der revolutionären Bewegung in Russland gesammelt wurden. In späteren Jahren wurde es zum Museum der Großen Sozialistischen Revolution erweitert.

In den Sälen bekommt man eine bildhafte Vorstellung vom revolutionären Kampf der Werktätigen. Illegale Drucksachen der Partei der Bolschewiki aus den Jahren vor der Revolution, Dekrete und Verfügungen der Oktoberrevolution, Plakate und Aufrufe aus den Zeiten des Bürgerkrieges, Stücke aus dem persönlichen Besitz der Volksführer, Kampfaffen unbekannter Helden, die die Sowjetmacht erkämpften und verteidigten, liegen aus.

Pressedienst  
(PD)

31. Mai 1949  
Stimmen des Auslandes - 3 -

13 Millionen Menschen besuchten in diesen 25 Jahren das Revolutionsmuseum, betrachteten die vergilbten Zeitungen, Dokumente, Photographien, vor ihren geistigen Augen entstand das Bild der Revolution. Viele Ausstellungsstücke erhielt das Museum von bekannten Persönlichkeiten der Bolschewistischen Partei und der Sowjetmacht, von Kalinin, Ordshonokidse, Woroschilow, Shdanow und Gorki, andere Gedenkstücke von einfachen Sowjetmenschen.

Stalin überliess dem Museum die vielen Geschenke, die er im Laufe der Jahre aus der Sowjetunion und aus allen Ländern der Welt erhielt. Neben einem Schreiben, das von Millionen Söhnen und Töchtern Bjeloruslands unterschrieben ist, liegt das kunstvolle Geschenk eines alten Holzschnitzers aus dem Nord-Ural. Neben einem Geschenk aus Indien liegt ein Teppich koreanischer Frauen. Eine Dankadresse des tschechoslowakischen Volkes trägt 4 Millionen Unterschriften, daneben derrief eines Negers aus Westafrika, der mit den Worten beginnt: "Lieber Vater und Führer!" Ein ziselierter Dolch mit der Aufschrift: "Dem Generalsekretär des ZK der RKP (B) und Ehrenkasaken Genossen Stalin von der ersten Kreistagung der Bergbewohner. Pjatigorsk, 23. Juli 1925".

In der Vorhalle liegt ein Gästebuch mit unzähligen Eintragungen. Die Schüler einer Moskauer Schule schreiben: "Wir haben vieles über die Vergangenheit unserer Heimat erfahren, wie die Sowjetmacht geschaffen wurde, unter welchen schweren Bedingungen unsere Väter für ein freies und frohes Leben kämpften. Jetzt ist uns unsere Heimat noch teurer. Wir, die Jugend, werden die Sache fortführen, für die unsere Väter gekämpft haben und gestorben sind. Wenn nötig, werden wir unser Leben dafür geben."

(E-n.)

Zu den Ergebnissen der Tagung der Vollversammlung der UN

(PD)

Welches sind die Ergebnisse der anderthalbmonatigen Arbeit der Vollversammlung der UN in New York? Um diese Fragen zu beantworten, muss man den Kampf verfolgen, der zwischen den Kräften ausgefochten wurde, die die Organisationen der Vereinten Nationen unterminieren und sprengen wollten, und denen, die sich die Festigung und Hebung der Autorität der UN zum Ziel setzten. Der Kampf dieser beiden Tendenzen trat in den New Yorker Sitzungen der UN-Vollversammlung klar zu Tage.

Wie erinnerlich, ist einen Tag vor Beginn der Tagung in New York der berüchtigte Nordatlantikkpakt unterzeichnet worden. Das war kein zufälliges Zusammentreffen: die Anführer des englisch-amerikanischen Blocks, die Organisatoren dieses aggressiven militärpolitischen Bündnisses wollten bewusst die Organisation der Vereinten Nationen herausfordern. Sie organisierten die Zeremonie der Unterzeichnung des Nordatlantikvertrages kurz vor der Eröffnung der Tagung der UN-Vollversammlungen. Die amerikanische reaktionäre Presse gab ihren Lesern unverfroren den Rat, der Vollversammlung keine besondere Bedeu-

PresseDienst  
(PD)

31. Mai 1949  
Stimmen des Auslandes - 4 -

tung zu schenken und wies zwischen den Zeilen ziemlich deutlich darauf hin, dass die militärischen, politischen und andere Räte und Komitees, die von den Teilnehmern des Nordatlantikvertrages geschaffen sind, viel bedeutungsvoller sind, als die Organe der UN.

Doch stiess der Wunsch der aggressiven Kräfte, die Organisation der Vereinten Nationen zu beerdigen, auf den Widerstand der friedliebenden Völker, die die UN zur Unterstützung und Verteidigung des Friedens und der allgemeinen Sicherheit geschaffen haben. Diese Ziele der internationalen Organisation werden von der Sowjetunion und gemeinsam mit ihr von den volksdemokratischen Ländern, von allen Freunden des Friedens, die einen unermüdlichen Kampf gegen die Kriegsbrandstifter, gegen die Feinde der internationalen Zusammenarbeit führen, konsequent verteidigt.

Die finsternen Prophezeiungen der imperialistischen Programme zu Beginn der Voll-Versammlung in New York haben ihr Ziel nicht erreicht und konnten auf keine Weise die Entschlossenheit der Sowjetunion erschüttern, die Prinzipien zu verteidigen, auf denen die UN aufgebaut ist. Zur weiteren Unterminierung der UN zwang der englisch-amerikanische Block der Voll-Versammlung Beschlüsse auf, die gegen das Prinzip der Einstimmigkeit der Großmächte gerichtet sind. Durch die Machenschaften der Kolonialmächte wurde die Erörterung der indonesischen Frage verhindert. Gleichzeitig versuchten die Delegationen der USA und Englands den Einfluss der UN auf so wichtige politische Probleme wie z.B. das der italienischen Kolonien auszuschalten und forderten von der Vollversammlung die Sanktion für Abmachungen hinter den Kulissen in dieser Frage zwischen den USA, England und Italien.

Die Anhänger der Politik des englisch-amerikanischen Diktates übten auf die Delegierten einer Reihe von Ländern einen nie dagewesenen Druck aus.

Es ist ein erfreuliches Ergebnis der Tagung, dass dieser Druck in einer Reihe von Fällen nicht das von dem englisch-amerikanischen Block erhoffte Resultat zeitigte. Dieser Block hat offensichtlich die Möglichkeiten seiner Politik der Diktate überschätzt und die Kräfte des Fortschritts unterschätzt, die auf die Haltung der UN-Delegierten zahlreicher Länder ihren Einfluss ausüben, die in den meisten Fällen den englisch-amerikanischen Fingerzeigen zu folgen pflegen.

Die Diskussion über das Prinzip der Einstimmigkeit der Großmächte im Sicherheitsrat gestaltete sich ganz und gar nicht so wie es die Delegationen der USA und Großbritanniens erwartet hatten. Die Angriffe auf dieses Prinzip, die von neuem vom englisch-amerikanischen Block unternommen wurden, fielen auf ihn selbst zurück. Die sowjetische Delegation, unterstützt von den Ländern der Volksdemokratie, zeigte, dass die Angriffe auf das Prinzip der Einstimmigkeit der Großmächte zusammenhängen mit der aggressiven Politik der herrschenden Kreise der USA und Englands, die im Nordatlantikvertrag am deutlichsten zum Ausdruck kommt. Im Mittelpunkt der Diskussion der Vollversammlung über das sogenannte "Vetorecht" stand der aggressive Charakter des Nordatlantikvertrages, dessen Entlarvung die englische und amerikanischen Delegationen vermeiden wollten. Das ist ihnen

Pressedienst  
(PD)

31. Mai 1949  
Stimmen des Auslandes - 5 -

aber ebenso wenig gelungen, wie die Widerlegung der unwiderlegbaren Argumente der sowjetischen Delegation über die Unvereinbarkeit des Nordatlantikvertrages mit den Zielen und Prinzipien der UN. Es wurde für alle klar, warum die Organisatoren des aggressiven Militärbündnisses gegen das Prinzip der Einstimmigkeit der Großmächte im Sicherheitsrat auftreten. Dieses Prinzip stört die Verwirklichung ihrer dem Frieden feindlichen Pläne.

Weiter muss man auf die Niederlage der englisch-amerikanischen Beschützer Francós hinweisen, die durch ihre Satelliten, die Delegationen Brasiliens, Boliviens, Columbias und Perus, den Vorschlag einbrachten, die Resolutionen der Vollversammlung vom 12. Dezember 1946 und vom 17. November 1947 aufzuheben, die das faschistische Franco-Regime in Spanien als eine Gefahr für den Frieden verurteilen und allen Mitgliedern der UN auftragen, ihre diplomatischen Missionen aus Madrid abzuberufen. Die Vollversammlung hat diese beiden Resolutionen bekräftigt. Die Tatsache, dass die Delegationen Englands und der USA sich an der Abstimmung der Resolution der 4 Delegationen in der spanischen Frage nicht beteiligten, konnte niemanden täuschen, da die sowjetische Delegation die Förderung des faschistischen Regimes in Spanien seitens der englischen und amerikanischen Reaktion entlarvte, die die Iberische Halbinsel in ihre militärische Basis verwandeln will.

Den Anhängern von Diktaten in der internationalen Organisation ist es auch nicht gelungen, den englisch-italienischen Plan einer Aufteilung der italienischen Kolonien, der den militärstrategischen Interessen der USA und des Nordatlantikbundes entsprochen hätte, durch das Plenum der Vollversammlung durchzuschleusen. Es besteht kein Zweifel, dass der Ausgang der Abstimmung in der Vollversammlung in dieser Frage durch die prinzipielle und konsequente Haltung der sowjetischen Delegation beeinflusst wurde, die die wirklichen Ziele der englisch-amerikanischen Militaristen und die Manöver der Kolonisatoren enthüllte. Die gerechten Prinzipien, die den sowjetischen Vorschlägen über die italienischen Kolonien zugrunde liegen und eine kollektive Vormundschaft über letztere unter der Kontrolle der UN und baldigste Verwirklichung ihrer Unabhängigkeit vorsehen, wurden unterstützt von den Delegationen der Länder, die an diese Kolonien grenzen sowie der Staaten, die aus eigenen Erfahrungen die ganze Last des kolonialen Jochs zu spüren bekamen.

Trotzdem der Konventionsentwurf "über die internationale Nachrichtenvermittlung und das Recht von Dementis" unter dem Druck der USA und England von der Vollversammlung angenommen wurde, wird in den UN-Kreisen darauf hingewiesen, dass viele Staaten es ablehnen werden, diese Konvention zu unterzeichnen und zu ratifizieren, da sie gegen die nationale Presse und den Rundfunk der kleineren Länder gerichtet ist und zur Einmischung der amerikanischen Propaganda in die inneren Angelegenheiten dieser Länder ausgenutzt werden kann. Somit haben auch in diesem Fall die Anhänger der Machtpolitik praktisch nichts erreicht.

Pressedienst  
(PD)

31. Mai 1949  
Stimmen des Auslandes - 6 -

Was beweisen die angeführten Tatsachen ? Sie beweisen, dass die Stimmung der breiten Volksmassen, die so klar auf dem Weltkongress der Friedensanhänger zum Ausdruck kam, einen bedeutenden Einfluss auf die Arbeit der UN-Vollversammlung hatte. Das Streben der Völker nach Frieden und internationaler Zusammenarbeit ausser Acht zu lassen, ist nicht möglich.

Die Ergebnisse der New Yorker Tagung stärken das Bewusstsein aller Freunde des Friedens, dass der feste und beharrliche Kampf der Sowjetunion gegen die aggressiven Elemente, gegen die Unterminierung und Zersetzung der Organisation der Vereinten Nationen, für die Stärkung ihrer Autorität, Früchte tragen wird.

(Aus der "Iswestija" vom 22. Mai 1949)

-  
e  
  
s  
  
in,  
.  
-